

**Ersteinstufige**  
 nachmitt. mit Ausnahme  
 von Sonn- und Feiertagen.  
 +  
**Abonnementpreis**  
 monatlich 80  
 vierteljährlich 1.80 Mk.  
 pränumer. frei ins Haus.  
 Durch die Post bezogen  
 1.80 Mk. inkl. Postgebühren.  
 +  
**„Die Neue Welt“**  
 (Unterhaltungsbeilage),  
 durch die Post nicht bezogen,  
 kostet monatlich 10 Pf.,  
 vierteljährlich 30 Pf.

Stephan Br. 1047.  
 Verlagsgesam.-Vertrieb:  
 Volkshaus Halle/Saale.

# Sozialistische

**Infektionsgebühr**  
 beträgt für die 6 gewöhnlichen  
 politische aber deren Raum  
 20 Pfennig.  
 Für auswärtsige Anzeigen  
 25 Pfennig.  
 Im Abonnementpreis ist  
 keine für den 21. Jahrgang.  
 +  
**Inserate**  
 für die halbes Jahr  
 müssen spätestens bis zum  
 1. August 10 Uhr in der  
 Expedition angesetzt  
 sein.  
 +  
 Eingetragen in die  
 Postzeitungsliste.

## Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Duerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,  
 Naumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebemverda, Sangerhausen-Eckartsberga  
 und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43.      Redaktion: Harz 42/43.

### Vorstandsbericht.

#### Politische und erzieherische Arbeit der Partei.

Zuerst ist uns der Bericht des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion an den kommenden Parteitag in Naumburg zugegangen, der das Kampfesjahr vom 1. Juli 1909 bis dahin 1910 umfaßt. Wir geben ihn nach und nach den Genossen in besonderer Beilageform in vollstem Umfang bekannt, möchten jedoch heute schon kurz die wichtigsten Punkte aus diesem Dokument rascher Arbeit mitteilen.

Im ganzen genommen ist der Bericht recht nüchtern, sachlich, knapp, sich auf das Wesentliche beschränkt; aber gerade in dieser Form tritt der Kern des Ganzen: ruhige, zielbewußte und vor allem planmäßige Arbeit sehr klar und bewußt hervor. Und über die planmäßige Arbeit auf so vielen und großen Gebieten kann man besonders erstaunt sein; denn das Wesen der Partei erschließt sich nun nicht mehr allein, ja fast ausschließlich auf dem Gebiete der „reinen“ oder „hohen“ Politik, sondern die Tüchtigkeit der politisch schaffenden Kulturen und Erziehungspartei werden immer deutlicher und klarer sichtbar. Der Bericht bezeichnet das Erfolge und registriert Sichten und Daten von der umfassenden Tätigkeit in planmäßiger, theoretischer Schulung, Frauenaufklärung, Jugendberziehung, Vermittlung von künstlerischen Darstellungen, Bekämpfung des Alkoholgenusses usw. Wir wissen sehr wohl, daß alle diese Tätigkeiten nur als Mittel zum Zweck zu gelten haben; der Stärkung der Arbeiterklasse und des politischen und sozialen Einflusses der Arbeiterklasse, solange bis die Klasse sich befreit und zur herrschenden geworden ist. Aber die Erfahrung und Entwidlung der Wirtschaft hat uns zur Erweiterung unserer Tätigkeit gedrängt, denn ohne dauernde, bewußte und systematische Erziehung der Proletariatsmassen lassen sich solche prächtige Fortschritte in der Organisation und im politischen Kampfe nicht mehr erzielen und vor allem nicht aufrecht erhalten, wie wir sie im letzten Jahre als Vorgeschiedene und Weispiele kommender Erfolge erlebt haben. Deshalb noch einmal: neben den berichtigten politischen und kommunalen Wahlflehen und der Zunahme der Parteiorganisation begrüßen wir im besonderen die Bildungs- und Erziehungsbewegung der Partei.

Und nun wollen wir einen kleinen Ueberblick über die mitgeteilten Tatsachen geben. Gleich die Einleitung berichtet über die große politische Bedeutung der „wirtschaftlichen“ Verbände der Kapitalisten (Vand der Landwirte, Kaufmann usw.), die immer mehr den Schwerpunkt der bürgerlichen politischen Parteien bilden und in Zukunft alle Wahlen „industrialisieren“. Aber auch die großen wirtschaftlichen Arbeiterkreise werden erwähnt, unter denen das gewöhnliche Ding der Manufaktur und Fabrik in einen beherrschenden Blick einnimmt. „So fordern Regierung, Konzepte und Kapitalisten dafür, daß die Massen in Bewegung gehalten werden und immer mehr die Unhaltbarkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erkennen.“

Aber unsere Organisation schreitet ebenfalls mächtig fort. Unsere Mitgliederzahl ist von 638 909 auf 720 038 gestiegen. Das ist eine Zunahme von 86 729 oder 13,6 Prozent. Daran sind die männlichen Mitglieder mit 66 346 und die weiblichen mit 20 383 beteiligt. Im Bezirk Halle stieg die männliche Mitgliederzahl von 14 224 auf 18 752, die der weiblichen von 1122 und 842; gemessen an der Zahl der Reichstagswähler, sind das 22,40 Prozent Organisierte. Die Gesamtzahl hat nun zu allen Reichstagswahlkreisen, abgesehen von zwei rheinischen, organisierten Beziehungen. Parteiorganisationen bestehen in 861 von 897 Reichstagswahlkreisen. In 65 Wahlkreisen haben wir noch unter 100 Mitglieder, in 9 über 10 000 und in 5 über 20 000, darunter der größte Saumburg III mit 30 080 Mitgliedern. Die Reichstagswahlkreise brachten uns nicht nur sieben neue Mandate, sondern auch einen Stimmengewinn von 26 327 in den betr. Wahlkreisen, während die Gegner 49 827 Stimmen verloren. Aber, so mahnt der Bericht: „Die Parteigenossen dürfen sich aber durch diese Erfolge nicht blenden lassen und glauben, daß uns nun die selben Freuden in den Schicksal fallen. Gewiß haben uns die Gegner gut vorgearbeitet und bei Bundesratswahlen eine Stimmung hervorgerufen, die diese dazu treibt, für einen Sozialdemokraten zu stimmen. Diese Stimmung müssen wir ausnützen und die Lagerarbeiten an stehenden Fußes unserer Partei machen. Die Zeit ist so günstig wie selten zur Agitation und Organisation; das muß uns einprägen, mit ver doppelter Kraft zu wirken.“

Die Agitation sah reiche Kräfte an der Arbeit. Es wurden 20 828 Mitglieder und 18 814 öffentliche Versammlungen abgehalten, 25 Millionen Flugblätter und 2½ Millionen Broschüren verbreitet. Im Bezirk Halle hatten wir 960 Mitglieder, und 530 öffentliche Versammlungen, 974 000 Flugblätter und 96 000 Broschüren und Reden fanden Verbreitung.

Der Wahlrechtsbewegung in den verschiedenen Staaten, den Landtagswahlen und Gemeindevahlen sind im Bericht umfassende Abschnitte gewidmet. 1813 Stadtvorordnete, 5720 Gemeindevorordnete, 114 Magistratsmitglieder und 82 Genossen in Gemeindevorständen werden registriert.

Das Straftat der Arbeiterbewegung weist im Berichtsjahre wieder sehr hohe Ziffern auf. Gegen Genossen, die für die Partei und die Gewerkschaften tätig waren, wurde von deutschen Gerichten im Berichtsjahre 1813 Strafen erlassen: 36 Jahre, 10 Monate, 1 Woche, 1 Tag Gefängnis und 30 324 Mark Geldstrafen. Das sind gegen das Vorjahr 2000 Mk. Geldstrafe und 9 Jahre Gefängnis mehr. Dieses Mehr an Strafen ist zum großen Teile verursacht durch die Rastau-Prozesse, die die Wahlrechtsbewegung und die blutigen Säbelkämpfe der Polizei zur Folge hatten, wobei Halle eine „würdige“ Rolle spielt.

Der Massenbericht kann als guter bezeichnet werden. Die Gesamteinnahmen der Partei betragen 936 409,86 Mk., die Gesamtausgaben 815 557,97 Mk. Zur Sozialanlage wurden 119 138 Mk. verwendet. Die Parteipresse hat im ganzen 101 156 Mark erhalten.

Die Zahl der Tagesblätter der Partei hat sich gegen das Vorjahr um zwei vermehrt. Die Partei besaß am Schluß des Berichtsjahres 76 Tagesblätter, die in 57 Bundesstaaten hergestellt wurden. Der Parteipreis hat 130 000 Abonnenten und erzielte bei einem Umlaufumlauf von 1½ Millionen Mark einen Ueberfluß von 122 623 Mk. Der Parteipreis wird von 250 000 Gegnern gelesen und machte 86 533 Mk. Ueberfluß.

Die politisch bewegte Zeit des verflochtenen Geschäftsjahres wurde zur lebhaftesten Agitation unter den proletarischen Frauen benutzt. Ingesamt wurden von Frauenbureaus für 41 Agitationsstunden und für eine große Anzahl Einzelveranstaltungen Referentinnen vermittelt. Die Zahl der weiblichen Parteimitglieder stieg von 62 259 im Jahre 1909 auf 82 042 im Jahre 1910, also eine Zunahme von 20 383.

Die Jugendbewegung hat in den letzten Jahren fröhlich Fuß gefaßt. Mehr und mehr erkennen die Massenbewußten Arbeiter, wie notwendig es ist, ihren Nachwuchs zur tätigen Anteilnahme an dem praktischen und geistigen Leben der Arbeiterklasse zu befähigen. Besonders treten die Fortschritte der Jugendbewegung bei der fortgesetzten Ausbreitung der Zeitschrift Arbeiterjugend in Erscheinung. Im letzten Jahre stieg nämlich die Zahl der Abonnenten der Arbeiterjugend von 28 100 auf 45 000. Die Zahl der Orte mit Jugendausstellungen ist von 311 auf 390 gestiegen. Jugendheimen bestehen in 105 Orten. Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend hatte Gesamtansagen seit dem 1. Januar 1909 in Höhe von 17 988,15 Mark. Davon entfielen 12 801,20 Mk. auf die Arbeiterjugend. Einen erfreulichen Bericht erstattet der Bildungsausschuss. In 187 Orten bestehen Bildungsausschüsse, von denen 173 von den örtlichen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen gemeinsam eingeleitet sind. Die vier Wanderredner des Bildungsausschusses haben in 115 Orten 128 Kurse abgehalten und dabei an 682 Abenden vorgelesen; insgesamt haben an den vom Zentralbildungsausschuss veranstalteten Kursen 24 360 Personen, davon 1775 Frauen, teilgenommen. Der Bildungsausschuss vermittelte aber noch künstlerische Veranstaltungen, gab überall Vorträge und wirkte in der Richtung der weiblichen Arbeiterinnen auf künstlerische Gebung der gesamten proletarischen Bildungsbewegung. Auch die Parteiführer erstattet ihren vierten Jahresbericht. Die Schülerzahl betrug 27. Die Zahl der Interdisziplinären 820.

Durch den ganzen Bericht zieht sich ein roter Faden die Bestätigung der planvollen und regen Tätigkeit, die die Parteigenossen überall entfalten haben. Wegen der Schaffenskraft besonders für das kommende Kampfesjahr noch weiter anregen und steigern!

### Sammelpolitik.

Die Kapitalgareien der „konservativen“ Parteien werden zwar äußerlich noch ein wenig weitergeführt, aber die Stimmen mehren sich jetzt gewaltig, die zur allgemeinen Sammelpolitik gegen den gemeinsamen Feind, die Sozialdemokratie, hüten. Man weiß zwar, daß die Reichstagswahlen kommen langsam so nahe heran, daß man mit der Agitation beginnen muß.

Besonders rühmlich sind die Konservativen, die Politik, die Freund und Genossen, bemüht, die alten Vorkämpfer wieder zusammenzuführen. Nun hat die allbeachtliche Tages Rundschau, die gleichfalls die Sammelpolitik vertritt, dieser Tage den Vorschlag gemacht, die Konservativen mögen zum Zeichen ihrer Absicht, sich mit den Liberalen zu verbinden, ihre Bereitwilligkeit zur Annahme der Erbschaftsteuer zu erkennen geben. Nun aber fährt sofort die agrarische Deutsche Tageszeitung auf, wie von der Zerstörung gelassen und verachtet in aufgeregtem Ton, daß von einem bezüglichen Entgegenkommen der Konservativen nicht im entferntesten die Rede sein könne. Nicht aus taktischen Gründen, sondern lediglich um ihrer selbst willen — d. h. also aus angeborener Steuerscheu — habe die konservativste Partei die Erbschaftsteuer abgelehnt, man solle ihr also nicht die „politischen Selbstmord“ zumuten, dieser Steuer jetzt zuzustimmen. Durch derartige Zumutungen würden die Gegenparte nur wieder verschärft, die gemeinsame Frontierung gegen den gemeinsamen Feind, die Sozialdemokratie, wieder gestört.

Die Junker freischen, man verlange von ihnen „politischen Selbstmord“, wenn man ihnen zumutet, ein paar Lötler von ihrem mühseligen Erwerb Gut auf dem Acker des Vaterlandes niederzuliegen. Die Sammelpolitik haben sie eben immer nur so verkaufen, daß für sie gekommen wird; mutet man ihnen, aber ein noch so geringes Opfer zu, so verlassen sie sofort die politische Entschuldigungsküste. Die Köpfe der Junker sind bisher anders angehängt hat, im Volk kennt man die Garte längst und würdigt sie nach Gebühr!

Auch die Nationalliberalen Väter, die vom Zentralbureau der nationalliberalen Partei herausgegeben werden, beschwören den Reichstagsler, das Willo die Wodexperimert noch einmal zu versuchen. Gut national mimmet das offizielle Parteiblatt:

„Wenn es Herrn von Bethmann Hollweg darum zu tun ist, die konservativen Parteien zusammenzuführen, um der sozialdemokratischen Gefahr zu begegnen, dann muß er sich von den Extremen der Rechten abwenden, denen jede liberale Regelung schon ein Grenz ist. Er wird den Weg einschlagen müssen, den sein Vorgänger gewandelt hat, den Weg zum nationalen Erfolg, in dem liberaler und konservativer Geist sich zu echter, gemeinsamer Arbeit zusammenfinden. Schmeißt aber die Regierung sich beharrlich über den künftigen Kurs aus, gelingt es ihr nicht, die liberal denkenden Volksteile in der gemeinsamen Weise für sich zu gewinnen, dann, dann werden wir eben die Suppe gang ausessen müssen, die agrarischekonervative Kurzsichtigkeit uns im vergangenen Jahre eingebrocht hat.“

Der Abgeordnete Fuhrmann, Generalsekretär der nationalliberalen Partei, hat am Sonntag auf einem nationalliberalen Volksfest in Weissen eine Rede gehalten, die ungeheuer denselben Geist atmete. Die Rede sollte, wie vorher schon auszusagen wurde, eine große Programmrede sein, die kommenden Reichstagswahlen werden. Und was hat sie? Ein laienhaftes Wehlein bei der Regierung, doch endlich etwas zu tun, was das Vergangene auslöschen und die Nationalliberalen, wieder in die Bahnen der Regierungsparteien einrücken lassen könnte. Und eine ebenso scheltende Wille an die Konservativen, doch endlich Einsicht zu haben und die zerlegten Nationalliberalen freundschaft zum Bunde anzuschließen. Am sich gleich würdig zu erweisen, legte sich Fuhrmann in derselben Rede auch fertig für den Sozialismus ins Zeug.

Was die Nationalliberalen Blätter und der Abgeordnete, Fuhrmann mit Witten erzielen wollen, das heißt die Nationalliberalen Korrespondenz zur Abwärtung einmal mit ärgerlichen Zurückweisungen der Regierung bezugsnehmend. Dasselbe Nationalliberal Korrespondenz, die erst ganz kürzlich Fuhrmann Hollwegs staatsmännliche Weisheiten fester, ist jetzt völlig darüber, daß in Weissen keine scharfe Rede gegen die Rollen gehalten wurde:

Dieser 30. August war wie kaum ein anderer Tag geeignet, durch ein frisches energisches Wort aus laienlichem Mund den trüben Horizont zu erhellern. Es sollte nicht sein! Und die Hoffnung, daß wenigstens in der Volksregierung durch das Zusammenarbeiten der alten Nationalpartei, ein Stück Bethmannischer Sammelpolitik zu Wahrheit werde, hat keine Nahrung nicht gerade erhalten. Im Gegenteil! Die ganze Signatur der Folner, Tage atmet garbische Rücksichtnahme auf die Empfindlichkeit der Agrarblauen Gesellschaft.

Wir sind noch ein reichliches Jahr von den nächsten Reichstagswahlen entfernt. Wenn die Nationalliberalen heute schon so gottzämmerlich betteln und flehen, um Aufnahme in der größeren Wad, dann kann man bis zur Wahl noch ergebliche Töne erleben. Zweifellos werden sich Nationalliberal und Konservativ wieder eng umarmen, aber natürlich nur, wenn die Nationalliberalen ihren längst berratenen Liberalismus immer wieder auf neue veralten. In der korruptiven Sammelpolitik bleiben nur die Junker ihrem Ausbeuterprogramm treu.

### Politische Uebersicht.

Halle a. S., 24. August 1910.

#### Zur Lebensmitteleuerung.

Auch die Handelskammern machen allmählich mobil gegen die ungeheureliche Verteuerung, die fast alle Lebensmittel in den letzten Monaten erfahren haben. So hat die Handelskammer in Mainz das hessische Ministerium bereits darauf aufmerksam gemacht, daß den heutigen Lebensmittelpreisen eine ernste Bedingung gestellt werden müsse. Die Regierung wird ersucht, im Bundesrat für eine Erleichterung der Einfuhr von Getreide und ausländischen Fleisch- und Wurstwaren einzutreten.

Interdessen ist die konervative und die agrarische Presse eifrig bemüht, das Vorhandensein eines Notstandes frech zu betreiten. Es wird „statistisch nachgewiesen“, daß in diesem Jahre mehr Vieh vorhanden sei, als im Jahre vorher. Hebrigens besetzt diese Presse da einen alten Kniff, den sie schon mehrmals angewandt hat, sobald dies oder jenes Nahrungsmittel im Preise besonders hoch stand: Man erklärte das stets für eine vorübergehende Erscheinung; und dieses Argument hatte sich auch Herr v. Bethmann Hollweg als

Minister des Innern zu eigen gemacht, als die letzte sozialdemokratische Reichstagsinterpellation im Reichstage verhandelt wurde.

Am vorgelagten in der ganzen Reichsleitung ist nachdrücklich die Deutsche Tageszeitung. Sie behauptet, daß ein Landwirt für 85 Pfund tabellöse Kultur, die er nach Berlin schickt, nur 68 Pfund pro Pfund erhalten habe. Dagegen kann es vorkommen, daß ein Landwirt von einem gewissen Vermittler einmal hereingelagt wird, aber das vermag nichts an der Tatsache zu ändern, daß auch die Butterpreise heute eine ganz respektable Höhe erreicht haben.

Zu gleicher Zeit stellt die agrarische Presse jeden Tag neue agrarische Forderungen auf, deren Berücksichtigung schon in der nächsten Zeit verlangt. Immer dringlicher tritt in die Erscheinung, daß der Kampf um den künftigen Pollstift, der den neuen Reichstag zu beschließen haben wird, schon jetzt allmählich einsetzt, und die Parteien bemühen sich, absolut unerlässliche Forderungen zu stellen in der Erwartung, dann wenigstens das behalten zu dürfen, was ihnen durch den jetzigen Pollstift sehr zum Schaden des deutschen Volkes zugeflossen ist.

### Vorkämpfer für die preussische Wissenschaft.

In Königsberg, wo jüngst ein preussischer Staatsanwalt die Kränzen der preussischen Dynastie im geistigen Führen der Nation proklamieren, wurde am letzten Dienstag der Kronprinz Friedrich Wilhelm als Schützer oder Rektor magnificus des hiesigen Instituts feierlich eingeführt. Bei dieser Gelegenheit hielt der Kronprinz eine Rede, die den Professoren die Richtung ihres Lehrens vorzeichnet. Er sagte: Weisen Sie uns die Wege, auf denen unser deutsches Volk wandeln soll, um die Stellung unter den Völkern einnehmen zu können, die ihm, seinen geistigen und physischen Kräften entsprechend, zu Recht zukommt. Dabei ist uns nicht damit allein gebiet, die Schwächen und Mängel unseres Landes zu kennen, denn dieses Erkenntnis führt leicht zu Verdrossenheit und unfruchtbarer Kritik. Vielmehr schonen wir uns nach Betonung unseres deutschen nationalen Volkstums im Gegensatz zu den internationalisierenden Bestrebungen, welche unsere gesunde deutsche Eigenart zu vernichten drohen.

Nun weiß die preussische Wissenschaft wiederum, was sie zu lehren hat, um das Volk vor Armut und Verworfenheit zu bewahren. Selbstverständlich gehören preussische Professoren ihrem ererbten und demütig geerbten allerhöchsten Schutzpatron.

Wie erbärmlich bhantinnisch das deutsche Bürgertum ist, dafür wird gerade aus Königsberg dieses Stillsitzen berichtet. Wilhelm II. kommt ebenfalls nach Königsberg, und dort wird ihm der Oberbürgermeister mit der Mittelung schmeicheln, daß die liberale Selbstverwaltung den Beschluß gefaßt hat, einen „Wilhelm-Stein“ zu errichten. Es ist nämlich in diesen Tagen der Vertrag über die Entschädigung Königsbergs zustande gekommen und diesen Anlaß benutzte man zu dem unvernünftigen „Aufregerwerb“. Der Stein soll ein dankbares Denkmal für den Beweis landwiderlicher Schuld sein. Das Monument soll mit der Kaiserkrone der Kaiserin errichtet werden. In einer geheimen Sitzung wurde über das Denkmal Beschluß gefaßt. Nicht nur unsere Genossen, sondern auch einzelne Liberale sprachen gegen die Denkmalserrichtung. Zur Übung irgend einer Verdon aus Anlaß der Entschädigung liegt nicht der mindeste Anlaß vor. Diese war eine Notwendigkeit, und der Willkürhass hat solche enormen Forderungen gestellt, daß es der Stadt erst nach langwierigen Verhandlungen möglich war, einem einigemmaßen annehmbaren Vertrag auszuweichen. Die Stadt muß für das Aufstellungsgebiet 20 Mill. Mark in städtischen Steuern bezahlen. Dazu hat sie noch die Entschädigungsforderungen der Rentierswerke im Betrage von 24 Millionen Mark zu tragen. Das sind Millionen, die der Stadt auferlegt worden sind. Selbstverständlich müssen Liberale Bürgertum diese Angelegenheit zu einer Selbstzensur erzwingen benutzen.

Und da sollen die Fürsten Respekt vor dem Bürgertum haben!

### Ein teurer Spott.

In der Kaiserlich-Einweihung in Posen war auch der frühere Oberbürgermeister Pöfens, Wittina, jetzt Direktor an der Nationalbank in Berlin, geladen. Ihm zu Ehren wurde ein Frühstückspokal benannt, und hier teils Wittina u. a. mit, nach der Festzeit im Kaiserföhl habe ihm der frühere

## Im Dunkel.

Maehr. verb.

Erzählung von Gustav Janßen.

Uebersetzung aus dem Schwedischen von A. Litzjohann.

Der Baron und der junge Ingenieur waren vor einer Parade sitzen geblieben und haben zu, wie die Frauen einander beim Herausragen des Hausgeräts hatten. Die armenlichen Dackelstatten der Fortziehenden wurden auf ein paar Starren geladen, aber darauf wurde man einige Minuten, und unter demselben dumpfdringlichen Schmeigen trat eine neue Schär den Weg nach der Stadt an.

Als man einen jener Anbrüche, die schon ein paar Mal die Grubenarbeiter zu unerklärlichen Handlungen getrieben, bestreift hatte, sah man daß genug ein, daß etwas detariertes nicht in Frage kommen würde. Die Geruchsbilder waren schon wieder fort, die Pöten wurden einengen, die Willkürlichen fanden unklar und wurden nicht mehr. Die Willkürlichen wurden wieder vollgepackt und fuhr der Wagen weiter. Die Willkürlichen und Kinder gingen daneben. Die Frauen hatten eingesehen, wie überflüssig sie waren; die Anbrüche haben nach der Erde, die sie verschlingen würde, wie sie ihre Vater verschlungen, aber sie dachten an die Fabriken, in die andersfalls ihr Weg ging. Die Baronin nicht weniger, ein paar Willkürlichen schüttelten den Kopf und haben mit ihrem Blick wie in etwas Unbegreifliches geratens ins Leere. Einige gingen wie im Schlaf.

Die Grubenarbeiter standen noch immer gruppenteils beisammen, obwohl schweigend und regungslos, wie sie schon furchtbarlang standen. Das Innige und Unbrauchbare war jetzt fortgeräumt, während man schon morgen an einige hundert weitere die Reihe, denselben Weg zu gehen. Diejenigen, denen man die Erlaubnis gab, zu bleiben, wirkten sehr dankbar und demütig ein; denn der Winter drohte mit Kälte und Treiben, und nirgends war Arbeit zu haben.

Der Baron blinnte neben sich; denn ein Laut, der einem unterdrückten Schluchsen gleich, war an sein Ohr gedrungen. Der junge Ingenieur sah, was er konnte, um seine Nahrung zu meistern, er biß die Zähne zusammen und hielt den forschenden Blick fest. Die Baronin nicht weniger, er verließ den Boden, und einem impulsiven Gefühl folgend, reichte er ihm die Hand.

Der Ingenieur starrte eine Sekunde lang überausch mit dem Gesicht.

„Dankel . . . an deren Stelle“ sprach er aus und sagte die

Finanzminister Kreutzer: „A. Reinbaben zugestehen: „Sie sind der teure Mann; mich hat der Späß in Posen 85 Millionen gekostet!“

Die Offensivität Reinbabens ist ganz Lebenswichtig, weil er sich nicht ganz richtig ausdrückt; der „Bosener Späß“ hat nicht Reinbaben persönlich oder als Finanzminister 85 Millionen gekostet, das preussische Volk hat ihn mit dieser horrenden Summe begahnt müssen.

### Nationalliberale Großindustrielle.

Wogu man einen nationalliberalen Redakteur braucht — so lesen wir in der Kreuzzeitung — darüber befehlet uns folgende in einer Zeitungsgeschichte erscheinende Anzeige:

Politischer Redakteur für ein nationalliberales Blatt zur Vertretung der Interessen der Großindustrie und zur Förderung der Werkverweise zum eventuell sofortigen Eintritt (spätestens 1. Oktober) gesucht. Gute Redner bevorzugt. Gehalt 5000 Mark. Ausführliche Bewerbungen unter K. H. 7687 an die Annoncenexpedition Wud. Hoffe, Saarbrücken.

„Wir haben geglaubt,“ — so bemerkt dazu die Westfälische Volkszeitung unter dem Welsch der Kreuzzeitung — „die nationalliberalen Redakteure und Journalisten seien für die Interessen der nationalliberalen Partei da. Hier liegt man es anders. Sie sollen die Großindustrie und die großen Gewerkschaften, die nach der Anzeige also gemeinsame Interessen haben, vertreten, nicht aber die nationalliberale Partei an sich.“

Der Kreuzzeitung ist durch den befalligen Wdruch dieser Notiz ein großer Negiescher passiert. Denn die Großindustrie, die mit ihrem Geld und ihren gelben Vereinen die nationalliberale Partei forumpumpt, ist ja die unvorwundene westliche Bundesgenossin der Konföderation.

### Die Streichhölzer werden noch teurer!

Gegenüber den Behauptungen einiger Zeitungen, daß die deutschen Zündhölzfabrikanten beschließen haben, den Preis für Zündhölzer nochmals um 10 Pf. für das Paket zu erhöhen, erklärt nunmehr der Vorstand des Vereins deutscher Zündhölzfabrikanten, daß die Erhöhung nur 2 Pf. betragen werde. Selbstverständlich wird auch der Preis der Zündhölzer etwas ansteigen, so daß mit einer immerhin fühlbaren Verteuerung der Streichhölzer gerechnet werden muß. Die Fabrikanten haben es tatsächlich in der Hand, den Publikum die Preise zu diktiert, weil durch das Steuerrecht die Gründung neuer Fabriken, die mit den jetzt bestehenden Produktionsstätten in Konkurrenz treten könnten, so gut wie vollständig ausgeschlossen ist. Den Inhabern der bestehenden Zündhölzfabriken ist durch das Steuerrecht in der Tat eine Art Monopol verliehen worden, das sie natürlich jetzt weidlich ausnützen. Die Fabrikanten erleiden keine Einbuße, wohl aber werden die in der Zündhölzfabrikation tätigen Arbeiter neben dem konjunkturellen Publikum auf das allerhöchste bedrückt.

### Der russische Verbrecher unter Polizeiaufsicht.

Die Vorkehrungen, die für den Aufenthalt des russischen Jarenpaars auf der Burg in Friedberg getroffen worden sind, sind wie die für einen Verbrecher. In der Nähe der Burg werden große Zellen mit der Aufschrift: „Eingang verboten“ angebracht. Die alten Mauern der Burg werden mit hohen Drahtgittern versehen. Die Fremden, die in den Hotels absteigen, werden auf das genaueste beobachtet werden. Kriminalbeamte nicht nur aus Posen, sondern auch aus England, Frankreich, Belgien, Italien und Spanien werden in Friedberg in großer Anzahl einstreifen, um die „Eierarbeit“ des Jaren zu erhöhen. Diese ausländischen Kriminalbeamten haben die Aufgabe, ihre Landsleute zu beobachten, die eventl. nach Friedberg oder nach Bad Nauheim kommen. Daß auch Polizeihunde zur Verfügung gestellt werden, wurde bereits gemeldet.

### Das Ende der Revanche-Idee.

In einer auf dem Schlußschiff von Warschau-Zour abgehaltenen Gedenkfeier hat der französische Minister Poincaré, nach einer Überforderung aller Franzosen, in der Größe und dem Schmerz der Erinnerungen sich zusammenzufinden, einen heftigen Angriff gegen die Friedensverträge gerichtet. Mehr als die erklärten Vaterlandslosen fürchte er die heimtücklichen Friedens- und Feindschleicher. In einer: „Genug der Zweideutigkeiten“ übergeschrieben Betrachtung der der Humanität rechnet Poincaré

Sond. Nach einem kräftigen Deud drehte er sich auf dem Absatz herum und ging mit schönen Schritten von dannen.

Der Baron folgte der freudigsten Gestalt mit den Augen. Am Gang des Mannes sah er, daß man es dort ging ein Mann, der seinen Entschluß gefaßt und seinen Weg erwählt hatte. Der Baron ging langsam hinterher. Er fühlte eine Art Leid gegen den anderen. Er mußte daran denken, wie sein Streben, den Unglücklichen ihr Trost und Hilfe zu bringen, unter dem Druck der brutalen Willkür zunichte geworden, in Glück und Unglück war. Er sah sich nutzlos und lächerlich vor, aber auch ein wenig gleichgültig. In der Nähe traf er den Direktor.

„Sie haben es wohl gehört?“ fragte er eilig, als der Baron stehen blieb.

„Weiß“, war die Antwort, obgleich der Befragte nicht wußte, was der andere meinte.

„Es seien mir das Vergnügen, meine Person niederzulegen. Meine Gesundheit ist angegriffen, ja . . .“ Er machte eine Handbewegung nach oben und der Baron sah daraus, daß der Direktor zu den Gläublichen gehöre, die eine Vorlesung halten, die sich für alles verantwortlich machen läßt. „Aber ich habe es durchgesehen, daß die Verwaltung eine Summe zur Verteilung an die Hinterbliebenen angesetzt hat. Das wird einen guten Eindruck machen.“

Ein Trupp Arbeiter kam vorbei. Einer sahste an die Mühe, als ob er grüßen wollte, aber die Kameraden taten, als ob sie die beiden Herren nicht wähen; da hand auch er von seiner Arbeit zurück.

„Es wird ein schwerer Winter für sie werden“, sagte der Direktor im neubehindlichen Unterhaltungston. Er war rot geworden, ließ sich aber seinen Berger über diesen Mangel an Respekt seitens seiner früheren Untergebenen nicht merken. Darauf meinet er: „Unter meinem Nachfolger werden sie es nicht allzu gut haben.“ Er sagte die Sand, die ihm der Baron zum Abschied bot. „Aber ich fühle schwere Jäten für jeden. Aber ich habe ja mein Schicksal ins Todende gebracht, meinetwegen mag kommen, was da will. Heute morgen haben sie angefangen, die Grube unter Wasser zu legen“, erklärte er mit einem plötzlichen Gedankenprung. „Ach so, Sie wollen gehen. Wenn Sie wohl den, falls mir nicht wiederben wollen.“ Einem Augenblick schien er, als ob er sich in die Stadt begibt, dann kam er auf andere Gedanken und ging langsam in der entgegengesetzten Richtung weiter.

Der Baron setzte seinen Weg fort. Er dachte an gar nichts, fühlte nur Müdigkeit und Bitterkeit. Auf der Straße holte er zwei Männer ein, die in eifriger Unterhaltung begriffen waren. Da er nicht auf den Bachmann hinunter gehen wollte,

kaufte er schließlich ab mit dieser bei französischen Ministern beliebten Manier, ohne jede ernsthafte Neigung zum Verständigungsbuch. Er wußt darauf hin, wie trotz aller Einmünderung und angestrichelten Vorbereitungsaktionen tatsächlich noch keine französische Regierung und keine „patriotische“ Partei je einen ernsthaften Schritt im Sinne der Befriedigung der Wirkungen des Franzfurter Friedens getan hat. Im Gegenteil habe man die Kraft Frankreichs in entlegenen Weltteilen festgelegt und den Minister Delcassé, der unter den verhältnismäßig günstigsten Umständen eine Politik, die zum Kriege hätte führen müssen, betrieb, rückwärts besiegelt, wie man auf einem Schiff einen Chokolatenbar, der das Schiff verdrängen müßte, über Bord wirft“. Er zeigt, wie bei der Konferenz in London Jules Ferry sogar Blumarsen's Schilling gemeint ist, wie das Bündnis mit England, geschlossen zur Erhaltung des bestehenden Bestands, tatsächlich Elsch-Verträgen preisgegeben hat.

Als vor kurzem der elassische Minister 1866 Welt 16 als Programm der Elässie die Anerkennung eines Landes als deutscher Bundesstaat, wie Baden oder Bayern, gefordert hatte, fand er nur leibhafte Zustimmung bei den französischen Patrioten: ein Beweis, daß auch dort an eine gewaltsame Vorräumung des Landes von Deutschland nicht mehr gedacht wird. So sei es nun auch notwendig, aus dieser Abneigung gegen einen Krieg die Konsequenzen zu ziehen, statt sich weiter in zweideutigen Wendungen zu ergehen und andere der Freiheit zu beschuldigen. „Nur gegen die, die sich nicht für die Wahrheit zu setzen und zu sagen. Es gibt die Frage aus einem höheren Gesichtspunkte zu betrachten. Nicht in den alten Spuren des Kriegs oder des beschnittenen Friedens ist eine Lösung zu finden. Die unterdrückten Völkerschaften werden ihre Freiheit und Unabhängigkeit erst in der vollkommensten europäischen Demokratie finden.“

Diese ebenso wahren wie mutigen Darlegungen werden natürlich die Vorkämpfer des geistigen Patriotismus nicht zu einer ehlischen Haltung befehlen. Für sie ist die geleistete Arbeit schon lange nicht mehr das Weisung zur Wiederherstellung der nationalen „Liberté“, sondern das Mittel zur Erhaltung ihrer Herrschaft über das arbeitende Volk Frankreichs. Die preussische französische Form des Intimilationskriegs ist, wie man sich, wie oft schon, dort die Grenze in die Welt ist, daß die Wahrheit in einem einzigen Genotstift wird. Und gerade unter Brand, dem höchsten Verdien der rebellierenden Genetalschicht, ist die direkte Verwendung von Soldaten zum Streiksbang und gab geworden. Da kann man natürlich die patriotische Zweideutigkeit nicht entbehren. Es ist kaum wahrscheinlich, daß die Masse des französischen Volkes dauernd dafür zu gewinnen wäre, für ein lebendes Streikbrecher eine Willkür im Jahre auszugeben. Aber da die Revanche-Idee tatsächlich tot ist, da auch die deutschen Nachhaber, trotz aller „Schwarte-Politik“ der Geschichtspatrioten, aus sehr triftigen Gründen einen Krieg gegen Frankreich nicht mehr unternehmen können, so wird sich am Ende die Schlußfolgerung, die Poincaré zieht, als unabweisbar ergeben.

### Deutsches Reich.

— Das Luftstrafen. Das preussische Kriegsministerium hat die verständigste Aufnahme von Aeroplanen (Flugmaschinen) in das Her bestschlossen. Es soll vorerst nur der Ankauf von zwei Aeroplanen in das Budget eingestellt werden. Gleichzeitig werden Mittel gefordert werden, um die Technik des Genuerfliegens zu vervollkommen.

— Wie das Geld veräußert wird. Der sogenannte Künft von Montenegro „erhebt“ sich in diesen Tagen zu einem sogenannten König, und weil der Mann daran sein Vermögen findet, wird die deutsche Ministerpräsident in Gethine zu einer Geldanleihe „erzogen“. Der vorige Vertreter Deutschlands hat zwar auch fernerhin absolut nichts zu tun, nur besichtigt er als Gönner sofort ein hocheres Geschäft als früher. Für hiesige Zwecke ist immer Geld im Ueberflus vorhanden.

— Agrarische Schenkung. Die Agrarier finden es bedauerlich, daß die Landwirtschaftskammern bisher der freiwilligen Schenkung von Ackerfruchtfragen vornehmend abgesehen sind. Um diesem „Mißstand“ zu begegnen, soll nun die Kontraktuelle der Landwirtschaftskammern mit der Aufgabe betraut werden, Kreisrentieren einbittlich für das ganze Reich zu beurteilen. Der Zweck dieser Lieber ist natürlich der, die

um an ihnen vorbei zu kommen, müßigte er seine Schritte und hörte dabei den einen folgen:

„Aber das ist nicht von allen revolutionären Ereignissen, die uns aus der Geschichte bekannt sind, hat die Naturwelt kaum ein einziges verursacht, sofern es gelang.“

Was der andere antwortete, konnte der Baron nicht hören, aber gleich darauf fuhr er erhe wieder an:

„Der Streit dreht sich doch selten um Recht, sondern um Macht. Aber das sind in einem rechtlichen Rechtsstreit, denn die Macht gibt das Recht, das heißt das Recht des Stärkeren, uns recht auszuweisen.“

Ein Wagen holperte vorüber und in dem Säum gingen einige Repliten verloren. Nachdem es wieder still geworden, konnte der Baron folgende Worte vernehmen:

„Du kannst doch wenigstens nicht leugnen, daß es anerkannterwert von der Grubenverwertung ist, den Willen und Wägen diese verhältnismäßig große Summe zu zahlen.“

„Aber ich mit Eurer herausgeputzten und zurechtgeführten Unberühmtheit. Steine gibt über den Sungräten, wenn sie nach dem Vor der Grubenverwertung eintreten! Das Geld ist der eine Dohn; denn gerade so wie das es ist, ist es, die Schenkungstragen zu treffen, um dieser Statistrophe vorzugeben. Aber Ihr müßt natürlich immer mit einem Almosen hinterher humpeln und Dank dafür verlangen, wenn Ihr bloß Eure Pflicht und Schuldigkeit getan habt.“ Er stufte garstig über das Schlingeländer und fügte hinzu: „Aber die Demonstration, und damit ist es für diesmal zu Ende. Aber.“ Sein Begleiter suchte ihn mit dem Wlügen an und gab ihm zu verstehen, daß ein Unbekannter dicht hinter ihnen ging.

Der Mann sah über die Schulter zurück und verschluckte den Rest des Zares.

Der Baron beschleunigte seinen Schritt und ging vorbei. Als er wieder auf seinem Zimmer war, klingelte er. Als der Steller herintrat, fiel es dem Gast ein, daß dieser Mann der er gemeint, an den er sich hier am Ort um Auskunft gewandt. Er erinnerte sich der abstoßenden Gleichgültigkeit und der darauf folgenden Dummheitsfragen, als die Erde unter der Partei eine andere Wendung zu nehmen schien. Der Baron sah ihn nachdenklich an. Was war die wirkliche Natur dieses Menschen?

„Ach reise morgen“, sagte er.

„Er war nun ganz und gar der bewußtlose Steller, der seine Idee ausschließlich auf das Erzielung gerichtet hielt. Der Gedächtnis und sein erzeugte Aristokratie fühlte sofort den Unterschied zwischen sich und dem anderen. Er lächelte unwillkürlich, und dies große Lächeln machte den Steller unruhig.“

(Fortsetzung folgt.)

Tag der Unbilligen Arbeit so wohl als möglich darzustellen, damit dann mit diesem „amlichen Material“ die Beschäftigten von der schlechten Lage der Landarbeiter zurückgewiesen werden können. Wie die Agrarier die Statistik zu handhaben wissen, das haben sie bereits mehrmals recht deutlich gezeigt; sie wissen, das Zahlen für sie nur den Zweck haben, die Tatsachen zu verhehlen.

— Kommandierter Patriotismus. In Königsberg wurden hiesige Arbeiter etwaungsweise zum Spalterbilden beim Stafferbeinhd kommandiert.

**Oesterreich-Ungarn.**

**Maßnahmen gegen die Reichsteuern.**  
Das österreichische Eisenbahnministerium hat eine Verfügung veröffentlicht, nach der von allen Stationen der österreichischen Staatsbahnen zunächst nach dem Wiener Zentralbahnhof eine fünfzigprozentige Ermäßigung der Frachtpreise für Schladachsch gemährt wird. Die Ermäßigung ist für drei Monate in Aussicht genommen, aber unter dem Vorbehalt, die ermäßigten Tarife jeberzeit zu überprüfen zu können, wenn die mit der Maßnahme verbundenen Opfer nicht in dem sinkenden Preise des Fleisches zum Ausdruck kommen sollten.

**Rußland.**

**Witkennunterstützung in Sibirien und Carapa.**  
Die Revision der Sibirischen Bahn durch den Senator Graf Nefem W erst bei einigen wenigen Stationen durchgeführt, hat aber bereits Unterstützung im Umfange von 25 Millionen a Rubel angefordert. Außerordentlich groß waren die Unterstellungen beim Bau des Westbuchs in der Höhe von Omsk. Vielfach wurde die Erhebung von Geldern auf geistliche Grundstücke festgestellt. Unterstellungen der Beamten und solche Bedingungen kamen in großer Zahl vor. Sehr besonders ausgezeichnet durch große Unterstellungen (auch die Stationen Omsk, Novo-Nikolajew, Krasnojarsk, Irkutsk, Irkutsk). Der Reichsbank sind bereits verhaftet und dem Gericht übergeben worden.

Auch die Revision der Staatsbahnen des Bezirkes Niwa hat gewaltige Mißstände ergeben, und diese Revision ist auf eine ganze Anzahl Städte von Sibirien ausgedehnt worden. Dabei tritt immer größere Mißwirtschaft auf. In Gatskino, Irkutsk, Cherson, Sewastopol, Alexanderow wurden Millionenunterstützung festgestellt. In Niwa wurden Beschäftigten in Massen bei Vorkosten vorgenommen. Dabei fielen den Behörden unter anderem ganze Wägen von Beamten des Reichsteuernministeriums in die Hände, die Beschäftigten entgegennahm. Die Staatsanwaltschaft ließ alle Staatsbediensteten in den Wägen öffnen und konfiszirte zahlreiche Briefschaften, die mehrere höhere Beamte bloßstellten.

**Japan.**

**Die Amerikaner Korea.**  
Korea, 20. August. Die Amerikaner Korea ist erfolgt. Korea wird japanische Kronkolonie, Kronland Generalgouverneur. Die koreanische Kaiserfamilie wird der japanischen ebenbürtig behandelt werden. Der Kaiser von Korea siedelt im nächsten Jahre nach Tokio über; die Zivilverwaltung bleibt bestehen. Der koreanische Zarif bleibt fünf Jahre in Kraft, wie es früher war; später wird er geändert. Hervorragende Koreaner werden zu japanischen Beamten ernannt werden.

**Aus der Partei.**

**Die Schwaben rufen ab!**  
Die Stuttgarter Schwäbische Tagung hat heute bekanntlich ein großes Verhängnis für die badische Budgetbewilligung gezeigt, was trotz der lebhaften Verteidigung des Abg. Hindenburg in der Stuttgarter Versammlung von den Parteigenossen zurückgewiesen wurde. Nun aber, nach dem Offenburger Parteitag, hat die Tagung auch die Geburt verloren. Sie rief von den Disziplinbrechern weit ab und schrieb: Eine Verschärfung der Situation. Es wird keinen Parteigenossen im Lande geben, der gegen uns den begründeten Vorwurf zu erheben vermöchte, wir hätten gegenüber dem Reichhalten unserer badischen Landtagsfraktion nicht die größte Objektivität gewahrt. Wir haben unsere Objektivität so weit getrieben, daß wir bewegen den Zabel von Parteigenossen einsehen mußten, mit denen uns die höchste gemeinsame Arbeit für die Partei verbindet. Wir konnten uns nicht verhehlen, daß in Baden tatsächlich von der Lage im Reich wesentlich verschiedene Verhältnisse vorliegen, ohne uns aber die Schlussfolgerung zu eigen zu machen, die von der badischen Landtagsfraktion gezogen worden ist. Was es vor Wochen noch eine Pflicht zu schweigen, heute, nachdem der Offenburger Parteitag gesprochen hat, wäre es eine Pflichtverfehlung. Es hat seinen Zweck, sich der Tatsache zu verschließen, daß der Offenburger Parteitag die Situation in der Partei ganz ungesund gemacht hat. Daß der badische Parteitag eine Schandtat sein werde, hatte nach allem, was vorgeschrieben war, niemand erwartet, nur wenige hatten es verlangt. Man kann aber dem badischen Parteitag den Vorwurf nicht ersparen, in einer Weise zur Verschärfung des Konfliktes der Lage beigetragen zu haben, die weder durch die Sache selbst noch durch die schärfsten Rechtfertigungen gerechtfertigt erscheint. Wir konnten uns bei der Lektüre der Offenburger Auseinandersetzungen trotz aller darin enthaltenen schönen Reden über die Anfänglichkeit zur Parteinheit des Eintrides nicht erheben, als ob man in Baden den Versuch mit der Gesamt-partei will. Wäre dem nicht so, man hätte, ohne sich feiner Ehre und Würde nur das geringste zu vergeben, andere Töne und andere Entschuldigungen auf dem Offenburger Parteitag

finden können. Wir mochten schweren Vergessens und im vollen Bewußtsein der damit verbundenen schweren Verantwortung diese Konfession. Nichts würde uns eine größere Erleichterung sein, als wenn wir uns hinsichtlich dieser Schlussfolgerungen im Irrtum befinden sollten. Die Frage der Parteidisziplin hat man auf dem Offenburger Parteitag fast völlig ausgeschaltet. Soweit sie berührt wurde, geschah es in einer Weise, die allen bisherigen Auffassungen über die Konsequenzen der Demokratie widerspricht. Genosse Kolb sagte, es wäre ein unerantwortlicher Schaden für die badische Partei gewesen, wenn die Fraktion das Budget abgelehnt hätte. Wir vermögen uns dieser Ansicht nicht anzuschließen. Aber zugegeben, die Befolgung des Nürnberger Beschlusses hätte der badischen Partei einen momentanen Schaden zugefügt, so muß man doch fragen: Hat die badische Landtagsfraktion seine Erwägungen darüber angeestellt, daß der Schaden, den man dem gesamten Körper der Partei zugefügt, ein unüberhältnismäßig viel größerer sein mußte als der eines einzelnen Gliedes, wenn man an der Parteidisziplin, dem Lebensnerv der Parteiführer, rüttelt? Die badischen Genossen hätten sich dieser Gefahr bewußt sein müssen, wenn der Stank mit der Gesamt-partei ein so inniger wäre, wie sie es in Offenburg behaupteten und wie auch wir es bringend wünschen. Die Budgetfrage als solche ist von keinem der beiden Hauptreihen in befriedigender Weise behandelt worden. Bevor sich Rede in Einzelheiten und Schicksalen, so war Kolb Rede zwar reich an sozialistisch klingenden Schlagworten, aber arm an sozialdemokratischen Argumenten. Wir bedauern die Verschärfung der Lage. Wie immer aber die Stellung des Einzelnen zum Nürnberger Beschlusse in Württemberg sein mag, die Parteinheit und die Parteidisziplin dürfte für die württembergischen Parteigenossen das Leitmotiv bei der Entscheidung über die derzeitige Parteipolitik sein.

Die bürgerliche Presse stimmt Jubelstürmen über die „Reinigung“ der badischen Genossen an. Wir verzichten zunächst darauf, diese Reaktionen wiederzugeben, doch sind sie bei der Besprechung für die Tatsache, daß sich die Gegner über die innere Verletzung der Partei freuen, die durch den badischen Beschlusse offenkundig wurde. Findet die Gesamt-partei nicht die Ansicht, der Verletzung Einhalt zu gebieten, so ist der eifrigste Triumph der Gegner gerechtfertigt.

Die Mannheimer Volkstimme ist über die sachkundigen Ausführungen des sehr bejammerten und gemäßigten Gen. Dr. Quard (der den badischen Parteitag besucht hatte und dessen Urteil wir gern mitteilen) so empört, daß sie von „unerbittlicher Verschuldung“, von „geradezu unerantwortlicher Verschuldung“ und „positivster Brandstiftung“ usw. spricht. Wenn diese beiden reaktionären Töne auch in Württemberg angeschlagen werden, dann erfährt die ganze süddeutsche Verbandsleitung noch eine weitere, sehr unerwünschte Verschärfung.

Mehrere Parteiverfassungen in verschiedenen Orten forderten wiederum Ausschluß der Badenier Parlamentarier, so u. a. die Generalversammlung in Elberfeld-Warmen. Eine scharfe Resolution der Genossen in Königsberg schließt sie fol: „Der Waddeburger Parteitag beauftragt den Parteivorstand, überall, namentlich in Baden, eine umfassende Agitation zur prinzipiellen Durchbildung der Parteimitglieder zu veranlassen und dafür zu sorgen, daß den badischen Parteigenossen die Bedeutung der Budgetbewilligung nach allen Richtungen klargelegt wird.“

Der reaktionäre hannoversche Volkswille hat aus den Wochenjahren gegenüber einer wohlwollenden Parteiverfassung einmühten und die Genossen wenig über die Bedeutung der Sache für die Partei informiert. Die Generalversammlung rügte das energisch und erklärte sich mit der Haltung des Volkswillens nicht einverstanden. Nach Württemberg und Stuttgart ist das schon die dritte Debatte, die von den Proletariern über Parteidisziplin befehrt werden mußte.

**Generalkonferenz über den Disziplinbruch.**  
Auf der Generalversammlung in Dortmund sprach sich der Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes, der Abg. Genosse Womelburg, scharf gegen den Disziplinbruch der Badenier Kammerparlamentarier aus, den der Parteitag vereiteln mußte.

Auf der Kreisversammlung für den Wahlkreis Kiel wurde ebenfalls eine scharfe Resolution gegen die Revoite angenommen, in der es zum Schluß heißt: „Die Generalversammlung fordert vom Parteitag in Waddeburg, daß er der Parteidisziplin, an der jeder Parteigenosse verpflichtet ist, ohne Rücksicht auf die Person Geltung verleiht.“

Genosse Karl Legien, Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften und Abg. für Kiel, gab zu dieser Angelegenheit folgende Erklärung ab:

Der Resolution stimme ich zu, trotzdem meine Auffassung noch weiter geht. Ich würde dem Vorschlage zustimmen, die Badenier auszuschließen. Der Nürnberger Beschlusse ist gefast. Die Badenier haben dagegen gebandelt und sich damit außerhalb der Partei gestellt. Zu dieser Auffassung bin ich aus rein organisatorischen Gründen gekommen. Die Einheit in der Partei muß hoch gehalten werden. Deshalb müssen auch Parteitalentschaften inneweghalten werden, sonst könnte ja jeder machen, was er will. Regionen wie Waddeburg wurden wiederum als Reichstagskandidaten aufgestellt.

**Delegationen zum Waddeburger Parteitag.**  
In einer Urabstimmung wählten die Parteigenossen des Wahlkreises Hennep-Weitmann außer zwei Kreis-

gewählten Genossen auch die Genossen Wafa Sugenburg zu Delegierten. — In der Generalversammlung von Elberfeld-Warmen wurde auch dem Genossen Karl Kautsky neben zwei Elberfelder Delegierten ein Mandat übertragen. In beiden Fällen wurde ausdrücklich festgestellt (um Verbindungen niederzuschlagen), daß sie weder Sugenburg noch Kautsky um die Delegation beworben haben.

**Eine furchtbare soziale Tragödie**

war Gegenstand einer Verhandlung vor dem Dresdener Landgericht. Eine arme Arbeiterfamilie, behaftet mit dem Palle einer Anzahl Krankheiten, mußte sich abetmals auf das Krankenhaus begeben. Sie hat gelitten. Die bittere Not, Verzweiflung über ihre traurige Lage veranlaßte sie dazu, Einer von den vielen, vielen Fällen, in seiner Art aber doch besonders traurig und tragisch. Die Angeklagte hat vom April bis Dezember 1909 in elf Fällen Kinderwagen, die in den Hausfluren unbeaufsichtigt gelassen haben, teils mit ihrem eigenen Inhalt an Betten gelassen, teils nur die Betten ausgeräumt. Wagen und Betten hat sie verkauft. Sie betreibt von den ihr vorgehaltenen Fällen nur zwei. Außerdem hat die Frau eine Bodenlampe gewollt geöffnet und ausgezündet. Auch hier legte sie ein Gefährnis ab.

Die wichtigste Tatsache aber ist, daß sie in elf Fällen in die denkwürdigen, ihre Mann ist stets trübselig und meist arbeitslos gewesen, seit Mitte Dezember liegt er im Krankenbause und sollte gerade am Verhandlungstage operiert werden. Die Frau hat versucht, sich und ihre drei Kinder mit dem Verdienst durch Zablfortieren durchzuschlagen; es hat aber nicht gereicht. Am 15. Dezember sollte sie aus der Wohnung gefest werden, wenn sie nicht die Miete bezahlte. Der Weg zur Armenbehörde war unlosch, sie erklärte unter Tränen: Heute mußte ich Geld sammeln, und hast auf der Pönger Straße einen Kinderwagen mit Betten, um nur diesen Tag noch den Hauswirt zu befriedigen. In dieser Zeit war sie auch hochschwanger. Ihre im Dezember begonnene Bemühungen, beim Armenamt Unterstützung zu erhalten, hatten den Erfolg, daß sie nach vielen Wegen vom Postamt zum Postamt am 15. Dezember die erste Unterstützung erhielt.

Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren sechs Monaten und drei Jahren Ehrenreueverlust. In der Rechtsbegründung wurde als mildernd anerkannt, daß sie wiederholt mit Unterstützungsgesuchen abgewiesen worden sei. Die vom Staatsanwalt beantragte sofortige Inhaftnahme lehnte das Gericht im Hinblick auf die schwachen Umstände ab.

So der nächsten und mechanische Gang der Verhandlung. Die Aufricht arbeitet wie eine Maschine — hart, gleichförmig, unerbittlich, die Binde vor den Augen. Das nennt sich dann: gleiches Recht für alle und alle Fälle. Das formale Recht gleicht einem Mechanismus, der von den Richtern Tag über Tag mit derselben Ruhe bedient wird, wie etwa ein Feuermann seinen Kessel mit Wasser versetzt. Die Gefängnisse brauchen Futter, das die sozialen Verhältnisse in überreichem Maße liefern.

Jammerns Elend, harte Sorge, hartes Bemühen, die Familie, wenn auch hungert, über Wasser zu halten. Abgewiesen von den Armenbehörden, als dieses Bemühen vergeblich ist. Und dann — 17 Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrenreueverlust! — „mildernde Umstände!“ — Kann es Aufrichteres geben als herartige Fälle? Welcher sozial empfindende Mensch wollte den ersten Stein auf die Frau werfen, die unter solchen Umständen zur Diebin wurde? Sie muß kämpfen, aber angefaßt und verurteilt ist die heutige Gesellschaftsordnung! —

**Gewerkschaftliches.**

**Eine gelte Gründung bei der Großen Leipziger Straßenbahn.**

Das entschlossene Eintreten des Transportarbeiter Verbandes für die Interessen der Straßenbahner hat die Große Leipziger Straßenbahn aus dem Konzept gebracht. Sie, die jahrelang gewohnt war, daß ihre Angeestellten ihr nur bittend nahen, mußte zu ihrem Schrecken gewahr werden, daß die aufstrebende Tätigkeit des Transportarbeiterverbandes reiche Früchte zu tragen begann. Die Organisation sagte unter den Straßenbahner seinen Fuß, eine Arbeiterbewegung wurde eingeschleust, um ein Streik nur nicht ausgeschlossen — da mußte etwas geschehen, um der steigenden Flut, die den Profit um ein geringes zu schmälern drohte, einen Damm zu bauen. So griff man zu dem alten, wenn auch unfauberen Mittel: man beschloß auf die Gründung einer getreuen Gewerkschaftsorganisation, die als Streikbrecherorganisation geacht ist. Soffentlich geschloß es dem Transportarbeiterverband, seine Reihen fest geschlossen zu halten.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Literatur, Parteianschichten, Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Paul Hennig, für Lokales, Provinziales und Verammlungsberichte Otto Niebuhr, beide in Halle.

**Kufeko** Tausendfach bewährte Nahrung bei: Brechdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh, etc. Kindernahrung, Krankenkost

**Trauer** Hüte, Schleier, Flore, Rüschen. **Schwarze Kleiderstoffe.** **Trauer** Kleider, Blusen, Röcke, Handschuhe. **J. Lewin** Geschäftshaus. Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3. Anerkannt grösste Auswahl u. billigste Preise.

# Walhalla-Theater

Direktor u. Besitzer: Paul Bittgen.

**Final-Kämpfe!** Heute, Mittwoch, Ringen  
Mamutov, Kosalen-Champ, gegen Lohmeyer, Stiermark  
Herrmann, Berlin, gegen R. le Roan, Frankreich.

**Entscheidungskampf:**  
Sabatier, Frankreich, gegen Mourtzuk, Marokko.  
Vorher: Eine Liebesnacht u. die anderen Schlager.

Rollstr. 133.  
Heute, Mittwoch neues Programm.  
Alle Vergünstigungen gültig.

# Germania-Theater, 133.

Heute, Mittwoch neues Programm.  
Alle Vergünstigungen gültig.

# Sozialdemokratischer Verein f. Halle u. d. Saalkr.

Mittwoch den 28. August 1910 abends 8 1/2 Uhr  
im Volkspark, Burgstr. 27.

# Versammlung der Frauen.

Tagesordnung:  
1. Vortrag des Genossen Niebahr.  
2. Vereins-Angelegenheiten.  
Schließendem Besuche steht entgegen.

Der Vorstand.

# Soz. Verein Weissenfels

Donnerstag den 25. August abends 8 Uhr  
im „Volkshaus“

# Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:  
1. Bericht vom Kreisitage.  
2. Diskussion.  
3. Verschiedenes.  
Zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder erwartet.

Der Vorstand.

# Sozialdemokr. Verein, Streckau.

Freitag den 28. August 1910 abends 8 Uhr  
im Rathaus Café auf

# Mitglieder-Versammlung der weiblichen Mitglieder.

Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin Bach über Streikbekämpfung und Hausarbeit der Arbeiter. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.

Der Vorstand.

# Sozialdem. Verein Osterfeld.

Samstag den 28. August 1910 abends 7 1/2 Uhr:  
Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht über die Entwicklung unseres Vereins. 2. Bericht über die am 8. Juni 1910 stattgehabene Verbandssession. 3. Anträge.  
Vorträge müssen 5 Tage vor stattfindender Generalversammlung beim Vorstand eingereicht werden.

Der Vorstand.  
W. H. Richter. W. H. Gausch. H. K. Krause.

# Arb.-Radfahrer-Verein Halle a. S. u. Umg.

Freitag, d. 28. August, abends 8 1/2 Uhr 6. Streifen:  
Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht vom Bundeskongress. 2. Vereins-Angelegenheiten.  
Samstag den 28. August, früh 9 1/2 Uhr: Tour nach Könnern.  
NB. Die Tour am 1. September fällt aus, da Vergünstigungen stattfinden.

Der Vorstand.

# Rossumverein für Diestau u. Umg.

Zeh. Zwintzschona. (C. G. m. b. H.)  
Sonntag den 3. September 1910, abends 8 1/2 Uhr, im  
Gasthof zu Zwintzschona:  
Außerordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht über die Entwicklung unseres Vereins. 2. Bericht über die am 8. Juni 1910 stattgehabene Verbandssession. 3. Anträge.  
Vorträge müssen 5 Tage vor stattfindender Generalversammlung beim Vorstand eingereicht werden.

Der Vorstand.

# Ortskrankenkasse VII der Maurer zu Eisleben.

Montag den 29. August 1910 abends 8 Uhr in der „Bierhalle“:  
Außerordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Neuwahl dreier Vorstandsmitglieder u. Ersatzwahl. 2. Verschiedenes.

Der Vorstand.

# Paul & Max Drietchen,

Wormitzerstr. 109. en. gros. en. detail. Merseburgerstr. 48.

Auch unter den neuen Steuerverhältnissen liefern wir nach wie vor ausständige Zigarren und Zigaretten.

Für die Inserate verantwortlich: W. o. b. J. u. n. e. r. — Druck be...

Sabittliche Weissensefels. Zentr.-Verb. d. Schuhmacher Dtschls. Weissensefels. Sabittliche

Donnerstag den 28. August abends 8 Uhr im „Volkshaus“:  
**Theater-Abend.**

Ausgeführt vom Neumburger Stadttheater. Dir.: Herr M. Günther.

Zur Aufführung gelangt:  
**Der fidele Bauer!** Gr. Operette in 1. Akt und 2. Akt  
(3 Bildern) von Viktor Leo n. — Regie:  
Georg Ullrich. Musikalische Leitung: Kapellmeister Hans Dede, Neumburg.

Kassen-Öffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Trotz der hohen Ausgaben ist jedem Interessenten Gelegenheit geboten, zu billigen Preisen die Veranstaltung zu besuchen. Die Mitglieder mit den werten Familien-Angehörigen sowie Freunde und Gönner ladet hierzu freundlich ein.  
Die Orts-Verwaltung.

Programme im Vorverkauf: Balkon 50 Pf., Saal 40 Pf., Galerie 30 Pf., sind bei den Kassenboten, bei Herrn Dehner, Volksbuchhandlung, in den Konsum-Verkaufsstellen und im Volkshaus zu haben. An der Kasse: Balkon u. Saal 5 Pf., Aufführung.  
Während der Vorstellung ist das Rauchen zu unterlassen.

**Achtung! Arbeiter, Parteigenossen u. Gewerkschaftler von Schkeuditz u. Umgegend!**

**Gewerkschafts-Fest.**

Donnerstag den 25. August 1910:  
Fest-Programm:  
Nachmittags 2 Uhr: Auftreten der Kinder im Lindenhof und grosser Festzug mit Musik nach dem Bürgergarten.  
Mit dem Festzuge: Instrumental-Konzert, Belustigung für Erwachsene u. Kinder, Tombola, Blumenverlosung, Preisgelein und Freischüssen.  
Abends 8 Uhr: Lampenzug der Kinder und Bäckermarsch nach dem Lindenhof. Zaleitli

**Grosser Fest-Ball.**  
Arbeiter, Parteigenossen! Torgt und agitiert dafür, daß das Fest ein Fest der gesamten Arbeiterheit von Schkeuditz und Umgegend wird. Kein Arbeiter, ob Parteigenosse oder Gewerkschaftler, darf fehlen; das Fest muß ein Ansporn allen Gewerkschaften und Parteigenossen von Schkeuditz und auch der Umgegend sein, denn nur durch vollständige Teilnahme kann sich das Fest zu einem imponanten gestalten.

Der Vorstand.

**Gewerkschafts-Kartell Bitterfeld.**

Freitag d. 28. Aug. abds. 8 1/2 Uhr im Hohenzollern  
**Grosser Theater-Abend.**

Zur Aufführung gelangt:  
**Die Ehre.**  
Schauspiel in vier Akten von Hermann Sudermann.  
Szenen u. 30 Placette bei allen Gewerkschaftsleiterern.  
Saaßlung 7 1/2 Uhr.

Der Vorstand.

**Verband d. Bergarbeiter Deutschlands, Garmnitz.**

Samstag den 28. August  
**Gewerkschafts-Fest**

verbunden mit Preisgelein, Blumenverlosung, Kinderreigen und abends **BALL.**

Dieszu laden wir die Kameraden der Bruderschaften Das Festkomitee.

**Achtung! Achtung!**  
**Arbeiter-Bildungsverein Teudern, Schortau.** Filiale  
Samstag den 28. August von nachmittags 3 Uhr ab  
im Gasthof zu Schortau:

**Grosses Sommerfest.**

verbunden mit Unterhaltungsmusik, Ball, türkischen Aufführungen und **BALL.**

Die Mitglieder werden gebeten, recht pünktlich im Vereinslokale zu erscheinen. Grun genussreichen Abend verprechend, laden ergebenst ein  
Robert Weicker. Der Arbeiter-Bildungsverein.

**Turn-Verein, Kretzschau,**

Mitglied des Arbeiter-Turner-Bundes.  
Samstag den 28. August:  
**20. Stiftungsfest.**

Nachmittags 2 1/2 Uhr: Umzug durch den Ort.  
Von 3 Uhr ab: Konzert und Schauturnen im Restaurant „Zur Mühle“. — Abends:  
**Ball in Mannsdorf.**

Dieszu ladet freundlich ein Der Vorstand.

Bei vorkommenden Sterbefällen empfehle mein  
grosstes fertig dekorierter Särge.  
Lager  
**A. H. Klaus, Tischlerei mit elektrischem Betrieb**  
Weissenfels a. S., Gr. Kalandstrasse 2.  
Erstes offenes Sarg-Magazin am Platze.

Alle Sorten **Vogelfutter** Papier- u. Pappeabfälle  
Zoologische Handlung, Weissenfels, Strasse 26. kaufen jeden Vollen  
A. L. Brenhausstr. 20.

**Pantoffelmachern**  
empfehlen: **F. Pilsch, Cord, Futter, und Sohlenzieher**  
**F. Noah, gr. Klausstr. 7.**

**Weissenfels.**  
Waffen, Pumpen, Knöpfe, alten Metallwerk und Gummi faulst zu verkaufen. In allen Städten. **Bruno Kamprath, a. d. Schulen 11.**

**Weissenfels, Volkshaus**

Su einem am Donnerstag den 25. August stattfindenden  
Geöffnungsessen mit Schmauss  
erlaube mir hierdurch freundlich einzuladen. Hochachtungsvoll  
Ernst Voigt.

**Gasthof Schkeuditz**

Sonntag d. 28. August:  
**Ball u. Preisgelein**  
des Regt.-Arbts. Schkeuditz.  
Schnell macht mit 2 Preisen und Getränken belustigt  
Gustav Röhr.

**Weidau! Weidau!**

**2. Preisgelein**  
Sonabend, d. 20. Sonntag, d. 21. Sonntag, den 27. Sonntag, den 28. Aug., Sonntag, d. 3. Sonntag, d. 4. und Montag, d. 5. Septbr.  
Es ladet freundlich ein  
A. Köhler.

**Fettlichtes Butterbrotpapier**  
**C. F. Ritter,**  
Lolpigerstrasse 90.

**Möbel-Fabrik**  
der  
Vereinigt. Tischlermeister,  
Kl. Steinstrasse 6.  
empfehlen ihre Fabrikate zu festen und soliden Preisen.

**Kaute nur Donnerstag**  
den 25. August

jeden Vollen  
junge und alte  
Kanarienvögel  
und Weibchen.  
Sahle hohe Preise.  
Otto Schenker, Händler,  
Reiherstrasse 4 dort.

**Albrecht Köttwitz,**  
Zeitl, Brühl  
empfehlen sein noch Vorrat aller Arten  
Herren- u. Knaben-Garderoben  
zu becheidenen Preisen.

**Kaufe**  
Papier, Bücher, Lampen, Eisen,  
Gummi, Metalle a. Felle.  
**Herrn Rein,**  
Halle-Siebiestenstein,  
Königsberg 5. Tel. 2409.

**Möbel:** Kleiderständer, Spiegel, etc.  
35 Mk., Spiegel n. geid. 31  
10 Mk., Sofa, Bettf., Matrasen Tisch, Stühle, Küchenschrank, Möbel billig zu verkaufen.  
August Hesse, Geisstr. 31.

**Apollo-Theater.**  
Direktion: Gustav Poller.  
Wöchentlich 8.15 Uhr  
m. bestmöglichem Erfolg:  
**Prinz u. Bettlerin.**

Großes romantisch Militärschauspiel in 4 Akten. (7 Bild.)  
von Howard.  
Um den Sturzgang a. d. Höhenfesten zu vermeiden, ist der Vorverkauf d. Theaterbureau zu empfl.

**Fahrräder** leicht extra  
billig.  
bester  
Nähmaschinen, in Gasmaschine  
Naumann, Köhler, Blesoit & Locke,  
in allen Preislagen.

**Sprechapparate** in Gasmaschine  
30% billiger als durch Heide.  
Reichige Auswahl in Platten, schon  
von 50 J an.

**Emil Schneider, Zeitl,**  
Hauptstr. 1.  
Alle Reparaturen.

**Neve pa. Heringe,**  
3 Stück 10 Pfg.  
Franz Radloff, Hannischestr.

**Zeitl. Zeitl.**  
**Hamburger Fischhalle.**  
Größtes Fisch-Spezialgeschäft  
am Platze.  
Große Auswahl in frischen  
Seefischen zu billigen Tagespreisen.  
H. Hähnermann, Häl. 31.  
4 mal täglich, direkt aus der  
Fischerei einverfr. Beste  
Bismarckstraße 1. S. Sandler.

**Das Einmachen der Früchte**  
und die Zubereitung von  
Fruchtsäften,  
Getränken, Likören etc.  
Ein reichhaltige Sammlung von  
bedürftigen Rezepten.  
Preis 30 Pfennig.

**Pergamentpapier,**  
2 Bogen 15 Pfg.  
Zu beziehen durch die  
Volks-Buchhandlung,  
Halle a. S., Part. 42/43.

**Landesamtliche Nachrichten**  
Geste-Süd (Steinweg) 28. Aug.  
Aufgegeben: Dentist Schürich  
und Kleine Grunwald (Große  
Hirchstr. 18 und Streiber-  
tr. 42). Dr. Friedrich  
und Gertrud (Hörn. Haupt-  
str. 1. Alter Markt 32). Kupfer-  
schmied Kaufmann und Klara  
Gerthe (Pflanzerböde 41 u. Kleine  
Klausstr. 6). Kaufmann Sprenger  
und Marie Krüger (Gr. Märker-  
str. 20). Arb. Arbeiter-  
Marie Galszjak (Kale u. Hähli).  
Mechaniker Große u. W. Schmidt  
(Halle und Schönefeld). Erben  
Hilfshilf u. Maria Mebe (Wilt-  
berg und Breitenberg).

**Einbürgerung:** Schuhmacher  
Naumann und Frida Hofmann  
(Waldenallee 1 und Gerberstr. 9).  
Gebrauer: Kaufmann Thib  
I. (Wiltzstr. 18). Kaufmann  
Haber L. (Große Hirschstr. 38).  
Gendarm Dr. phil. Dorck aus  
Wilschheim L. (Klein. Aufste-  
niger Holzweg L. (Kreuzberg-  
str. 18). Schlotter Heibich  
S. (Eg. 19). Arbeiter Schmidt  
L. (Subwaystr. 18).  
Gendarmen: Bericht Aufsteher  
Schumann L. 123. (Alt. Markt 17).  
Arbeiter Weder Oberl. Genietrie,  
geb. Müller, 59 J. (Eg. 8).  
Anna Wray aus Weisfeld, 17 J.  
(Klein). Former Schneider L.  
6 Wm. (Gerberstr. 4). Anna  
Weder, 62 J. (Monsiehlstr. 42).  
Arbeiter Weder L. 7 Monate  
(Bismarckstr. 25). Schlotter  
Leubner L. 3 Std. (Korn. 24).  
Schulmeister Braun aus Weis-  
feld, 63 J. (Eg. 19). Kaufmann  
Schneider Müller, 19 J. (Wiltz-  
str. 20). Arbeiter Klamm L.  
2 Mon. (Korn. 27). Oberbun-  
dleramt a. d. Eier, 6 J. (Wiltz-  
str. 19). (Gartenstr. 7).



**Einnahmen der Filialen.**

Orte	Stations- behalt vom 1. Juli 09	Beiträge	Listen	Vors	Einnahme- beiträge bei Verammlun- gen
Gangerhausen	28,10	406,30	6,80	53,70	74,50
Wietern	18,01	266,80	269,98	1,90	46,05
Steinbo	0,90	105,90	47,98	—	—
Wallebe	3,—	46,40	31,46	—	—
Wieteb	—	51,—	—	—	—
Wallebe	—	88,90	26,80	2,—	—
Wallebe	—	16,40	—	—	—
Wallebe	—	28,20	—	—	—
Wallebe	—	5,10	—	—	—
Wallebe	—	15,—	—	—	—
Wallebe	—	46,50	0,95	—	—
Summa	49,71	1.088,30	383,67	58,90	120,35

Orte	Wahl- steuer	Einnahme- beiträge	Zusatz der Filialen	Zonitages	Gesamt- Einnahme
Gangerhausen	43,40	7,—	—	14,73	694,13
Wietern	—	3,20	—	7,—	610,64
Steinbo	21,55	0,10	—	31,91	210,44
Wallebe	—	0,50	60,—	1,80	143,16
Wallebe	—	—	—	51,—	—
Wallebe	—	—	—	8,65	96,25
Wallebe	—	0,10	—	—	19,50
Wallebe	—	0,20	—	—	28,40
Wallebe	—	—	—	—	5,10
Wallebe	—	0,30	—	—	15,30
Wallebe	—	0,20	—	—	47,95
Summa	64,95	11,60	60,—	67,39	1.852,87

**Ausgaben der Filialen:**

Orte	Wahlsteuer						
Gangerhausen	15,70	25,50	48,10	9,—	4,—	10,—	—
Wietern	121,65	26,80	2,40	38,65	11,50	10,—	14,40
Steinbo	38,65	23,40	—	18,15	4,35	—	—
Wallebe	111,65	—	—	18,30	—	—	1,15
Wallebe	2,50	—	—	—	3,—	—	—
Wallebe	—	—	—	4,—	—	—	—
Wallebe	—	—	—	—	—	—	—
Wallebe	—	—	—	—	—	—	—
Wallebe	—	—	—	4,30	—	—	—
Wallebe	—	—	—	—	—	—	—
Summa	316,91	93,70	59,50	95,78	25,85	20,—	15,55

Orte	Prozente der Wahlsteuer	Wahlsteuer an die Gemeinde					
Gangerhausen	40,81	340,—	40,—	18,95	26,—	66,07	634,11
Wietern	10,82	269,—	1,40	13,95	41,20	15,40	610,64
Steinbo	—	90,—	—	5,48	4,90	0,51	210,44
Wallebe	—	46,—	—	4,45	—	6,91	143,16
Wallebe	2,50	46,—	—	—	—	—	51,—
Wallebe	5,88	59,50	—	—	—	15,52	96,25
Wallebe	—	9,90	—	—	—	—	19,50
Wallebe	1,83	26,57	—	—	—	—	28,40
Wallebe	—	5,10	—	—	—	—	5,10
Wallebe	—	10,25	—	—	—	—	15,30
Wallebe	—	39,89	—	—	—	—	47,95
Summa	66,89	917,26	41,40	48,23	72,89	94,41	1.852,87

**Halle und Saalkreis.**

Halle a. S., den 24. August 1910.

**Sozialdemokratischer Verein.**

Am nächsten Donnerstag, abends 9 1/2 Uhr, finden in sämtlichen Filialen Besprechungen über wichtige Vereinsangelegenheiten statt. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Der 8. Distrikt hält seine Sitzung im Restaurant Bienenstraße 186 ab. Im Distrikt Wallebe-Wietern-Wallebe findet die Sitzung Mittwoch bei Robert, Wallebe, statt. — Der 17. Distrikt hält seine Sitzung erst am Freitag bei Emma in Lokale Schmelzstraße ab. — Die Sitzung des 2. Distrikts findet erst am Freitag abend bei Rutter, Kleine Ulrichstraße, statt. — Der 19. Distrikt (Trotha) hält seine Sitzung erst Sonnabend abend bei Reinheit ab.

**Halleche Jutzit in Reinkultur.**

Ein Gerichtshof wegen Verstoßes der Befangenheit abgelehnt! Am gestrigen Tage hatte sich eine Halleche Strafammer nochmals mit einer Strafsache aus den Wahlkreises-Demonstrationen zu befassen, deren „Erledigung“ von der Strafsammer mit anderen vom Reichsgericht verworfen worden ist. Verhandelt wurde gegen den Arbeiter Albert Stumpf, der wegen „Anlaufs“ vier Wochen Gefängnis erhalten hatte. Natürlich auch nur auf dem bekannten und bequemen Wege, daß alle Befangenheitsgen (Kolligisten) als glaubwürdig und entscheidungsfähig, dagegen fast alle Entlastungszeugen (Privatleute) als ungläubwürdig und verächtlich der „Mittäterchaft“ bezichtigt wurden. Das System, welches wir in den Verdicten über die Prozesse jedesmal hervorgehoben und aufs schärfste kritisiert haben.

Die Verhandlung gestaltete sich durch das nur zu berechtigende Vorgehen des Verteidigers, Genosse Dr. Liebnicht, gegen dieses bedenkliche System außerordentlich interessant. Dr. Liebnicht lehnte vor Eintritt in die eigentliche Strafsache die Verdictvorstehenden Abendgerichtat beim wegen Verstoßes der Befangenheit ab. Diese Ablehnung begründete der Verteidiger folgendermaßen: Gerade bei dem hiesigen Gericht seien in Strafprozessen, wie dem jetzt anstehenden, ungewöhnlich hohe Strafen verhängt worden. Können andererseits juristische und sachliche Basis für eine Verurteilung, ist man doch zur Strafverhängung gekommen, zur größten Verwunderung der Verteidiger. Dazu käme ferner, daß in jeder Ver-

handlung systematisch zahlreiche Entlastungszeugen, die von der Verteidigung geladen waren, nicht dazugezogen worden seien, obwohl keinerlei ausweisende Verdachtsgründe vorliegen hätten, daß diese Zeugen sich der Teilnahme an der Straftat mit schuldig gemacht haben könnten. Dadurch sei die Verteidigung derartig beeinträchtigt worden, daß sie fast unmöglich gemacht worden wäre. Der gegenwärtige Gerichtsbescheid habe nun in dem letzten dieser Prozesse, im Falle Seibt und Genossen, den Vorstoß gegen und zur stärksten Überzeugung der Verteidiger sei auch in diesem Falle abermals Verurteilung erfolgt. Auch hier sei die Nichtverurteilung der Entlastungszeugen vom Gericht befohlen worden. Das sei ganz besonders auffällig gewesen deswegen, weil kein einziger der Befangenheitsgen, also auch kein Polizeibeamter, in der Lage war zu bekunden, wo denn im Augenblick des Beginnens der polizeilichen Absperungen auch nur einer der Angeklagten gewesen sei. Es lag nicht der allgeringste Anhalt vor, daß einer der Entlastungszeugen die Unmoralität ausgeübt haben könnte. Deshalb müsse nach Ansicht des Verteidigers auch für den vorliegenden Fall die Befehle einer Verurteilung, obwohl dieser noch günstiger für den Angeklagten liege, als der Fall Seibt und Genossen. In dieser Beziehung der Verurteilung habe es der Verteidiger für seine Pflicht, den Vorstehenden abzulehnen.

Das Gericht bildete darauf ein Dreierkollegium und gab bekannt, daß der vorige Vorsitzende, Landgerichtsrat Behm, sich nicht für belangen erklärt habe. Ebenso seien die vom Verteidiger vorgebrachten Gründe zur Ablehnung des Vorsitzenden nicht ausreichend. Nachdem jedoch das Gericht sich wieder auf fünf Richtern zusammen und Landgerichtsrat Behm führte den Vorsitz weiter. Er eröffnete dem Verteidiger, daß das Gericht beschließen, ihm wegen einer Äußerung in der Begründung seines Antrages auf Ablehnung des Vorsitzenden, in eine Ordnungsbefehl zu nehmen, und zwar wegen jener Bemerkung, in der er dem besetzten Gerichtshof den Vorwurf systematischer Erfindung der Verteidigung und der Rechtsbeugung gemacht habe.

Dr. Liebnicht bestritt eine Äußerung dieses Wortlautes, hält aber aufrecht, gesagt zu haben, daß durch die systematische Nichtverurteilung der Entlastungszeugen die Verteidigung der Angeklagten nahezu unmöglich gemacht worden sei.

Darum zog sich das Gericht nochmals zu längerer Beratung zurück und kam zur Entscheidung Dr. Liebnichts zu 100 Mk. Geldstrafe wegen Ungehörs.

Er habe durch seine zweite Erklärung selbst zugegeben, daß die Tendenz seiner Äußerung dahin gegangen sei, dem Gericht den Vorwurf der bewussten Rechtsbeugung zu machen. Das sei ein solch schwerer Vorwurf, daß es angebracht erschienen sei, auf die höchste zulässige Strafe zu erkennen!

Hierdurch verhielt sich natürlich nur der Konflikt zwischen dem Gericht und der Verteidigung. Genosse Dr. Liebnicht ließ zunächst zu Protokoll nehmen, daß er nicht zugebe, etwas erklärt zu haben, was das Gericht als subjektiven Vorwurf der Rechtsbeugung auffassen könne. Ein solcher Vorwurf sei aber nötig, um die gefasste Verurteilung zu begründen. Der Vorsitzende erklärte darauf, diese Behauptung nicht aufrechterhalten zu können, nahm aber keinen Anstoß, die Verurteilung Dr. Liebnichts nochmaliger Beschlußfassung zu unterstellen.

Als dann das Gericht in die Verhandlung gegen den Angeklagten Stumpf eintreten wollte, lehnte nunmehr Dr. Liebnicht den ganzen Gerichtshof ab, wozu er folgende Begründung gab: Der Gerichtshof habe ihn schon in eine Ordnungsbefehl genommen, aus einem Grunde, der ihm (dem Verteidiger) nahelege, anzunehmen, daß dieser Gerichtshof jetzt nicht objektiv urteilen werde. Das Gericht habe ihm unterstellt, daß er mit seiner Bemerkung den Vorwurf der bewussten Rechtsbeugung hätte machen wollen. Etwas derartiges zu unterstellen, sei aber fast unmöglich. Es könne darum jeder Verteidiger oder jeder Angeklagte in eine Ordnungsbefehl genommen werden, der sich einmal untersehe, einen Gerichtsvorstehenden abzulehnen. Eine solche Ablehnung müsse selbstverständlich begründet werden und bei dieser Begründung würden stets Momente geltend gemacht werden müssen, in denen man etwas finden werde, worin das Gericht den Vorwurf der bewussten Rechtsbeugung als beabsichtigt unterstellen könne. Wenn schon in seiner (des Verteidigers) ganz objektive Charakterisierung der bekannten Vorgänge in diesen Prozessen eine subjektive Verleumdungsbefehl erlöst werde und deshalb der Gerichtshof eine Ordnungsbefehl gegen den Verteidiger für nötig gehalten habe, so könne er nicht erwarten, daß dieser Gerichtshof die nötige Objektivität in der anstehenden Verhandlung zeigen werde. Deshalb lehne er den ganzen Gerichtshof wegen Befangenheit ab.

Das Gericht zog sich nun nochmals zu einer kurzen Beratung zurück und mußte natürlich zur Vertagung kommen.

Diese Leistung der Hallechen Justiz, bestehend in der Verurteilung des Genossen Dr. Liebnicht zur höchsten zulässigen Ordnungsbefehl wegen der Begründung eines prozessual berechtigten Antrages dürfte allgemeine Aufmerksamkeit in der Juristenwelt erregen. Es ist doch ganz selbstverständlich, daß bei Begründung eines Ablehnungsantrages gegen einen Gerichtsvorstehenden an dessen Verhalten, ganz gleich ob juristisch oder sonstige, Kritik geübt werden muß. Lobpreidiche würden doch den Ablehnungsantrag unmöglich machen. Genosse Dr. Liebnicht hat in seiner Begründung die Tatsache hervorgerufen, daß durch systematische Nichtverurteilung von Entlastungszeugen die Verteidigung der Angeklagten in den Demonstrationenprozessen unmöglich gemacht worden sei. Will das abgeleitete Gericht die Tatsache an sich bestritten? Dann wäre sie ihm mit Leichtigkeit zu beweisen. Das wird es aber

auch nicht wollen, sondern es behält in diesem Falle dem Verteidiger das Recht zu beweisen, das er im Prozesse genau so gut besitzt, wie der Vertreter der Anklage. Sämtlichen Staatsanwälten freilich müßte das Gehalt für Ordnungsbefehl empfindet werden, wollte man auf sie denselben Grund abgeben, wie die Halleche Gerichtsammer auf den Rechtsanwält Dr. Liebnicht. Liebrigens hätte es das Gericht wohl nicht erwartet, daß es daraus im ganzen abgesehen werden würde. Der Laienverstand erlaubt sich, in der Anerkennung dieses Antrages eine große Inkonsequenz zu erblicken, die nicht besser bestrift, als daß die Verhängung der Ordnungsbefehl durchaus ungerechtfertigt gewesen. Der Ruhm der Hallechen Justiz wird durch Vorgänge, wie den geschilderten, in alle Lande getragen. Man begreift, daß die besondere Bedeutung, die der Begründung: Halleche Wahrheitspflicht beigelegt wird, den in Hallechen Verdictfällen verurteilten Tatsachen kaum genügt.

**Zum beabsichtigten Streik der Landwehr.**

Wie schon kurz erwähnt, ist der Streik nach dreitägiger Dauer mit Erfolg für die Beteiligten beendet. Dieses ist aber nur dem geschlossenen Vorgehen der Kollegen zu verdanken. Ganze vier Mann von 74 waren liegen geblieben. Inwieweit zu verurteilen ist das Verhalten des nebenbei noch einen Wirtshausbesitzer bedienenden Dandobers Blummann, der sich nicht vollständig mit seinen Kollegen erklärte. Erzielte wurde zum ersten Male am Orte ein schriftlicher Tarif, welcher ganz annehmbare Verbesserungen enthält, wie Zuschlag für Überstunden, Zuzug und Fahrgeldarbeiten, Ueberlohnzulage usw. Der Tarif läuft am 31. März 1913 ab; in dieser Zeit steigt der Stundenlohn um 6 Pf. Den hiesigen Landwehrgeleuten kann nur geraten werden, auch ferner so zusammen zu halten, so werden sie zu jeder Zeit gerüstet dastehen.

**Die deutschen Gewerbe- und Kaufmannsvereine**

halten vom 15. bis 17. September 1910 in Köln a. Rh. eine Verbandsoberversammlung ab. Die Gewerbevereinsmitglieder aus dem Stande der Arbeitnehmer in Halle hatten das hiesige Gewerbegericht erludt, je einen Vertreter aus den Kreisen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu der Tagung zu delegieren. Das wäre um so mehr Pflicht des Gewerbegerichts gewesen, als es ja nunmehr dem Verbands dieser Vereine angeschlossen ist. Das Gericht hat jedoch ohne Angabe von Gründen das Gesuch verworfen, abgelehnt.

Diese Ablehnung entspricht ganz dem bisherigen Verhalten des Hallechen Magistrats, der ja auch hierbei den Ausschlag gibt. Wo es sich um den sozialen Fortschritt handelt, ist bei ihm jede Rücksicht unsonst. Die Tagungen des Gewerbe- und Kaufmannsvereinsverbandes dienen dazu, dem Gewerbetreibenden ihrer Erziehung zugrunde lag, Vertiefung zu geben, die Kenntnis der Teilnehmer vom sozialen Gesetzeswerk zu erweitern, Erfahrungen der Praxis auszusprechen usw. Dafür hat der Halleche Magistrat natürlich keine Mittel übrig, er befiehlt sich auch darin als Sachwalter der Kreise, denen an der Niederhaltung der Arbeiterfrage alles liegt. Wenn aber die teutschen Turner oder sonst eine „nationale“ Organisation ihm den dicken Schwindeln vormachen, dann liegen die Kreuze vor so. Das ist die schamlose Ausbeutung der feuergegläubten Arbeiterfrage, die sich denken läßt!

\* **Militärverwalter nach Kerner.** In diesem Sinne hat das preussische Oberverwaltungsgericht auf eine Frage des Breslauer Grenadier-Regiments Nr. 11 entschieden. Das Gericht ging von der Auffassung aus, daß ein gemeinwirtschaftliches Unternehmen der Mitglieder einer Militärkapelle, das dem Generalstab eines Infanterie-Regiments bildet, nicht befreit, wenn es sich um eine Militärkapelle handelt. Die Militärkapellen, die bei ihren Kontrollen die übliche Jahresreisemöglichkeit genießen, sind also auch noch feuerfrei. Der Kampf der feuerföhrlichen Zivilmilitär gegen die Konkurrenz der Militärkapellen ist schon alt, greifbare Erfolge konnten bisher wegen des Verhaltens der oberen Militärbehörden nicht erzielt werden. Eine gewisse Hilfe ist nun möglich, wenn den Militärkapellen das außerordentliche Spielen in Uniform verboten wird, denn meist ist es nur die mehr oder weniger glänzende Uniform, die zum Engagement von Militärkapellen veranlaßt.

Die bayerische Militärverwaltung hat sich in dieser Beziehung einschichtig entschieden, als die preussischen Behörden. Sie hat ebenfalls eine Verordnung erlassen, nach der das außerordentliche Spielen von Militärkapellen nicht mehr stattfinden soll. Ausnahmefälle sind nur dann erlaubt, wenn die Zivilmilitär dadurch keinen Schaden erleiden. Preußen ist eben in Deutschland voran — beim Nachzittern.

\* **Von einer Schwindelfestung zur andern.** Die Allgemeine Krankenversicherungs-Kasse zu Chemnitz, eine Schwindelfestung erludt, die eingegangen. Ihre Mitglieder hat sie an die Bayerische Versicherungsgesellschaft in München übertragen. Die Bayerische Versicherungsgesellschaft erludt nun folgende amtliche Bekanntmachung:

Der Vorstand der durch Generalversammlungs-Beschluß vom 9. Juli 1910 aufgelösten Allgemeinen Krankenversicherungs-Kasse e. S. zu Chemnitz hat in letzter Zeit mehrfach in Zeitungen als auch in einem Rundschreiben an die Mitglieder der Kasse bekannt gegeben, die Bayerische Versicherungsgesellschaft e. S. zu München in Höhe von 100.000 Mk. entrichtete dem Königlichen Polizeiamt München II anber ertheilten Kaufsumme zufolge nicht den Tatsachen.

\* **Was der Hallechen Zeitung „überstreht“.** Der Schloßstein in der Braunsstraße hat erst jetzt Kenntnis von der sehr feudalen Sache mit dem Generalmajor v. Gagen z erhalten, dem Herrn mit der besonderen Offiziersbezeichnung, der sich von einem ihm untergebenen Kameraden leihend ein Verhältniß unterhalten hatte, dem zwei Kinder entzogen waren. Die ehedemeherrliche Frau ist dann von ihrem Gatten verlassen worden und hat den Generalmajor auf Zahlung von 10.000 Mark verklagt. Die Klage ist aus juristischen Gründen abgewiesen worden.

Es überstreht der Hallechen, die hochhabliche Schmeiner aufzurufen. Ihre Leser möchten sonst des Mannens werden, daß sie das Recht ihrer Ankläger bestimmben wollen. Wir erinnern uns der lünerischen Anklagen gegen unsere Genossen G e n s b a c h, die von dem reinlichen Blatte mit 20



